

Waldenburger Zeitung

Zernsprecher 3

(Waldenburger

Wochenblatt)

Zernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postcheckkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Stadtbank Waldenburg, Waldenburger Handels- und Gewerbebank, Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.



Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 12.00, monatlich 4.20 Mk. frei Haus. Preis der einseitigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Reklameteil 2.00 Mk.

Die Beamten-Befoldungsvorlage angenommen.

Deutschlands Abordnung für Brüssel.

WTB. Berlin, 9. Dezember. (Amtlich.) Die deutsche Friedensdelegation ist beauftragt, als Antwort auf die Einladungsnote für Brüssel der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

Im Auftrage der deutschen Regierung beehre ich mich, Eurer Excellenz den Empfang der Note vom 5. d. Mts. wegen einer Zusammenkunft technischer Sachverständiger in Brüssel zu bestätigen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis genommen, daß diese Zusammenkunft die Frage der von Deutschland nach dem Friedensvertrage von Versailles geschuldeten Reparationen vorbereitend prüfen soll. Die deutsche Regierung wird die Herren Staatssekretäre Bergmann und Karl Friedrich von Siemens als ihre Delegierten zu der Zusammenkunft entsenden. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß durch die Zusammenkunft in Brüssel an der Konferenz, die in der Schlusssitzung der Konferenz von Spa zur Prüfung der von Deutschland in der Reparationsfrage gemachten Vorschläge vereinbart ist, nichts geändert wird. Herr Bergmann ist zurzeit noch in Paris durch dringende Verhandlungen in Anspruch genommen. Die deutsche Regierung muß aber Wert darauf legen, mit ihm noch vor der Brüsseler Zusammenkunft eine Besprechung in Berlin abzuhalten. Da dies nicht vor Anfang nächster Woche möglich sein wird, werden die deutschen Sachverständigen nicht vor dem 16. Dezember in Brüssel sein können.

Die Reichsregierung hat weiter an folgende Persönlichkeiten die Aufforderung ergeben lassen, sich zur Beratung der Delegierten für die Dauer der Konferenz nach Brüssel zu begeben: Generaldirektor Cuno, Generaldirektor Bögl, Reichsbankpräsident Hagenstein, Dr. Karl Meißner, Direktor von Strauß, Bayer. Staatsrat Meinel, Geh. Ober-Regierungsrat von Flotow, Professor Bonn, sowie an einen Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Die Novelle zum Reichseinkommengesetz.

Berlin, 9. Dezember. (WTB.) Im Steuer-ausschuß des Reichstages teilte Reichsfinanzminister Dr. Wirth auf eine Anfrage hin mit, daß die Novelle zum Einkommensteuergesetz heute dem Reichsrat vorgelegt worden ist. Ob die Frist für die Selbstgeheimen von Kriegsanleihe zur Anmeldung für das Reichsnotopfer über den 31. Dezember 1920 hinaus verlängert werden könne, sei fraglich, er sei aber bereit, diesbezüglich mit allen Fraktionen in Verhandlungen einzutreten. Die Grundzüge für die Wertermittlung in der Landwirtschaft wolle er der Entscheidung eines Ausschusses unterbreiten. Der Vertreter des Reichsfinanzministers begründete sodann die Vorlage eingehend und erklärte, sie beseitige die technischen Schwierigkeiten einer dreißigjährigen Stundung und erfülle den ursprünglichen Zweck des Reichsnotopfers, der Papiergeldflut Einhalt zu tun und die schwebende Schuld abzubauen. Währungsrechtlich könne man mit der schnellen Erhebung des Reichsnotopfers weiter, als mit einer Zwangsanleihe, bei deren etwaigem Mißerfolge der Kredit weiter sinken würde. Das wirtschaftlich und schnellste Mittel sei die Annahme der Vorlage.

Für die Erhöhung der Unfallrente.

Berlin, 9. Dezember. (WTB.) Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat einstimmig einen Antrag angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, durch Notgesetz die Versicherungsgrenze in der Unfallversicherung auf 30 000 Mark zu erhöhen mit Rücksicht auf den gestiegenen Geldwert. Ferner wurde ein Antrag Thijssen einstimmig angenommen wegen beschleunigter Vorlegung eines Notgesetzes, das den Unfall-, Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten der Knappschaftsrenten bis zur allgemeinen, baldigst herbeizuführenden Neuordnung des Knappschaftswesens zur

vorläufigen Einschränkung der schlimmsten Not Rentenzuschläge gewährt werden. Die Kosten würden von den betreffenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern und, soweit diese dazu außerstande sind, aus Reichsmitteln aufzubringen sein.

Reichstagsverhandlungen über die Not der Beamten.

44. Sitzung, 9. Dezember.

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Heinze, Koch, Wirth, Simons, Sieberts, Hermes.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die neuen Teuerungszuschläge für die Beamten.

Abg. Goesle (Ztr.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Statt der von den Beamten gewünschten Erhöhung der Teuerungszuschläge schlägt die Regierung die Erhöhung der Kinderzulage vor. Der Ausschuß hat die Vorschläge des Regierungsentwurfes erhöht. Danach wird der Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen vom 1. Oktober 1920 ab für die Dristklasse A auf 150 Prozent, für die Dristklasse B auf 125 Prozent, für die Dristklasse C auf 100 Prozent, für die Dristklasse D und E auf 75 Prozent festgesetzt. Vom gleichen Tage ab erhalten die außerplanmäßigen Beamten, die nur 80 Prozent des Dristzuschlages beziehen, als weiteren Teuerungszuschlag die übrigen 20 Prozent des Dristzuschlages und auch hierzu den allgemeinen Teuerungszuschlag von 50 Prozent. Die Regierung hat sich damit einverstanden erklärt.

Gegenüber beantragen die Sozialdemokraten Festsetzung des Teuerungszuschlages zum Grundgehalt und Dristzuschlag ab 1. Oktober 1920 bei Grundgehältern mit 8100 Mk. auf 60 Prozent, die Rechtsunabhängigen gleichmäßige Festsetzung der Teuerungszulagen für Reichsbeamte auf 10 000 Mark jährlich, die Deutschnationalen einen 10-prozentigen Teuerungszuschlag und 80 Prozent Kinderbeihilfe in Dristklasse A, 70 Prozent in Dristklasse B und 60 Prozent in Dristklasse C. Die Regierungsparteien beantragen Auszahlung des am 1. Januar 1921 fälligen Gehalts noch vor Weihnachten.

Abg. Steintopf (Soz.): Die Not der Beamten ist auf das Höchste gestiegen. Die Vorlage hat viel zu lange auf sich warten lassen. Die Befoldung ist längst überholt. Aber auch diese Vorlage ist noch ganz ungenügend.

Abg. Alletotien (Ztr.): Auch wir haben gewünscht, daß die Vorlage beschleunigt würde. Bei den kinderreichen Familien ist die Not auf das Höchste gestiegen. Die Unterstützungsfonds müssen dem Valutastand entsprechend ausgebaut werden.

Abg. Hergt (Dmal.): Ist die Teuerung allgemein, so muß man allen Beamten Zulage gewähren. Wenn wir von den Beamten den Verzicht auf das Streikrecht verlangen, dann müssen sie auch zu ihrem Rechte kommen. (Zustimmung rechts. Lärm links.) Der sozialdemokratische Antrag ist ungerecht. Die Regierung muß darüber Aufklärung geben, ob bei Annahme unseres oder des sozialdemokratischen Antrages die Gefahr einer Kabinettstürze in Aussicht steht.

Ein inzwischen eingegangener Antrag Alletotien (Ztr.) und Dellus (Dem.) ersucht die Regierung, den Reichsfinanzminister zur sofortigen Auszahlung des Unterschiedsbetrages zu ermächtigen, der sich aus der Gegenüberstellung des bestehenden Dristklassenverzeichnisses und dem neuen Entwurf ergibt. Ferner sollen dem Unterstützungsfonds ausreichende Mittel zur Milderung besonderer Notfälle der Beamten zur Verfügung gestellt werden.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Mir war die Hinführung einer so wichtigen Frage äußerst unangenehm. Die Reichsregierung mußte sich aber mit den Ländern und dem Reichsrat in Verbindung setzen. Die Einbringung eines Sperrgesetzes zur Verhinderung des gegen-

seitigen Ueberbietens war ein notwendiger Schritt, der von Bayern aber lebhaft bekämpft wurde. Wir müssen Fühlung mit den Ländern nehmen, denn ein Zusammenschluß der Gemeindefinanzen zieht das Reich in Mitleidenschaft. Der preussische Finanzminister hat erklärt, er sei nicht in der Lage, die Forderungen des Vorgehens des Reiches für Preußen zu ziehen, wenn das Reich nicht die Beträge übernehme. Die Finanzminister der übrigen Länder haben genau dasselbe erklärt.

Mit Papiergeld ist das Beamtenproblem nicht zu lösen.

Die Regierung hat ihre Pflicht getan. Die Vorlage der Regierung ist wohl überlegt. Es kommt darauf an, daß in den nächsten Tagen die Beamten im Besitz von Geld seien, daß sie nicht mit leeren Händen am Weihnachtstisch stehen. Außerdem will die Regierung mit Rücksicht auf die außerordentliche Notlage der Beamten

die zum 1. Januar fälligen Dienstbezüge möglichst bald auszahlen lassen.

jedenfalls noch vor Weihnachten. (Gelächter links und auf den Tribünen.) Der Antrag Alletotien-Dellus ist sehr weitgehend. Die Beamtenschaft lehnt die Kinderzulage durchaus nicht ab. Aus dem Besten sind mir Dankschreiben dafür zugegangen. Darin wird der Finanzminister auch aufgefordert, hart zu bleiben, wenn die Beamtenverbände dagegen Sturm laufen. Der Antrag der Unabhängigen würde 6-8 Milliarden Mark erfordern und für die Länder das Doppelte. Die Regierung besteht nach wie vor auf ihrer Vorlage und ersucht um Ablehnung weiterer Anträge. In Regierungskreisen hat keine Absicht bestanden, etwa eine politische Krise heraufzubeschwören, um das deutsche Volk noch vor Weihnachten zu beunruhigen. Wir wollen heilen und wollen den Beamten helfen.

Abg. Marath (Dt. Vpt.): Es ist der Regierung schwer gefallen, auf den Boden der Vorlage zu treten. Die Not der Beamten ist sehr groß. Das Haus ist einig. Hier muß

schnelle Hilfe geschafft werden.

Was haben denn die sozialdemokratischen Parteien für die Beamten getan, deren Lage doch erst nach der Revolution, und zwar durch die übertriebenen Lohnforderungen der Arbeiter so schlimm geworden ist? Den allgemeinen Ausführungen des Reichsfinanzministers über die Kinderzulagen können wir nicht beistimmen. Wir brauchen endlich ein umfassendes Beamtenbefoldungs-Programm.

Abg. Bräunig (U. S. r.): Die Not der Beamten ist von der früheren bürgerlichen Regierung verschuldet. Auf das Streikrecht können die Beamten nicht verzichten. Helfen kann den Beamten nur die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Eisenbahner und Staatsarbeiter sind eingeschlossen, zum letzten Mittel zu greifen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Die Deutschnationalen haben inzwischen ihren Antrag dahin abgeändert, daß der Teuerungszuschlag auf 60 Prozent, die Kinderbeihilfe in der Dristklasse A auf 100 Prozent, B auf 90, C auf 80, D auf 70, E auf 60 Prozent festgesetzt werden soll.

Abg. Dellus (Dem.): Die Geldentwertung hat die Notlage der Beamten gewaltig verschlimmert. Die Nationalversammlung hätte bereits die Teuerungszuschläge heben sollen. Sie hätte sie größer machen sollen für die Kleinen sowohl als für die Großen. Allerdings erkenne auch ich die Notlage der höheren Beamten an. Die Forderungen der Beamtenschaft sind allerdings berechtigt, aber sie sind bei der Finanzlage des Reiches nicht restlos durchführbar. Da auch die Einzelstaaten im Reichsrat weitergehende Forderungen ablehnten, müssen wir einen gangbaren Weg suchen, zunächst das Notwendigste zu tun. Ich verstehe die Haltung der Sozialdemokraten nicht. Hat doch gerade der preussische Finanzminister Lüdemann selbst diese Aufbesserungen der Vorlage bekämpft.

Herr Bergt hat eine Wahlrede gehalten. Er ist in der Regierung, dann könnte er nicht anders handeln als wir. Uebrigens hat gerade seine Partei nichts gegen die Nothlage der Beamten getan, als sie an der Herrschaft war. Nach dem deutschnationalen Antrag bekommen gerade die

Kinderreichen Beamten viel weniger als nach der Regierungsvorlage. (Hört! Hört!) und gerade bei diesen ist doch die Not am größten. Wird der Unterstützungsfonds erhöht, so dürfen die Unterstufungen nicht so bürokratisch vergeben werden. Die Anträge der Opposition sind nur auf die Wirkung nach außen berechnet. Sie sind nicht von sachlichen Gesichtspunkten diktiert. Jetzt werfen sich einige Leute zu Führern der Beamten auf, die überhaupt keine Führereigenschaften besitzen, sondern nur durch extreme Forderungen das Staatsgefüge erschüttern. Die Forderung der Einstellung des Inflationsgeldes z. B. würde die Beamten am meisten treffen. Deshalb müssen wir die

Beamten zur Ruhe und Besonnenheit aufrufen. (Unruhe und Ach!-Rufe auf der Tribüne.) Für Anträge, welche gegen die Beamten sind, sind wir nicht zu haben. Die wirtschaftliche Lage der Beamten muß weitgehend berücksichtigt werden, aber die Beamtenorganisationen müssen uns dabei unterstützen. Der Staat braucht für seinen Wiederaufbau eine zufriedene, pflichttreue Beamtenschaft, andererseits steht uns füllt mit der Existenz des Staates auch die Existenz der Beamten. Von Verschleppungstaktik kann keine Rede sein. Die Beamten werden auch mit dem Ergebnis zufrieden sein. (Große Unruhe. Rufe aus der Mitte des Hauses: Ruhe! Ruhe! Der Präsident Dr. Böttcher mit Rührung der Tribüne, falls sich solche Kundgebungen wiederholen.) Die Beamten würden sich daher zurückziehen, da zurzeit keine Mittel für ihre weitergehenden Ansprüche vorhanden sind. (Lebhafte Beifall bei den Demokraten. Abg. Dr. Hoffmann (U. Soz. L.): Über für die Reichswehr sind sie vorhanden.)

Abg. Plettner (U. Soz. L.): Die Vorlage ist völlig unzureichend. Das Streikrecht darf man den Beamten nicht nehmen.

Abg. Bauer (Bayr. Volksp.): Die Beamtenschaft darf nicht vergessen, daß noch andere Kreise wenigstens so wohlhabend wie sie selbst sind. Eine Nachprüfung der Reichsbesoldungsordnung ist erforderlich.

Abg. Finanzminister Adenauer: Im Hauptausdruck habe ich mich weber gegen, noch für eine Forderung der Beamtenschaft ausgesprochen. Die preußische Staatsregierung ist von selbst bemüht, alles für die Beamten zu tun, was in ihren Kräften steht. Bei Beratungen über die notwendige Bewilligung von Anträgen müssen auch die Länder gehört werden.

Abg. Bergt (Dnt.): Vorschläge sind ein Danaergeschenk. Wir verlangen eine klare Stellungnahme der Regierung zu unserem Antrag.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Regierung beharrt auf ihrer Vorlage.

Die Anträge der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten sind für die Regierung nicht annehmbar. Sie würden nur eine Verzögerung bringen.

Abg. Bauer (Soz.): Keine Kreise unseres Volkes sind viel schlechter gestellt als die Beamten. In unserem kaiserlichen Wirtschaftsleben ist es unmöglich, jedem das Existenzminimum zu gewähren. (Unruhe bei den U. Soz.)

Abg. Hölle (Ztr.) tritt für die Ausbesserung ein. Abg. Kofke (U. Soz. r.) und Abg. Dittell (U. Soz. l.) fordern das Streikrecht für die Beamten.

Damit schließt die Aussprache. Es folgt die Abstimmung. Der deutschnationale Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische. Darauf wird der Ausbesserungsantrag mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen nur die Unabhängigen und die Kommunisten. Der Antrag Allettons-Debus über die Unterschiedsbeträge wird angenommen. Die anderen Anträge werden abgelehnt. Damit ist die zweite Lesung erledigt. Die Vorlage wird darauf auch in dritter Lesung angenommen.

Angenommen wird noch der Gesetzentwurf über das Abkommen mit der Schweiz betr. schweizerische Goldhypotheken in Deutschland.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr. Anfragen, Ernährungsministerium.

Preussische Landesversammlung.

190. Sitzung, 9. Dezember.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Haushalts der Bergbau-, Güter- und Salinenverwaltung.

ein. Verbunden damit wird die Beratung des Gesetzentwurfes über Aufhebung von Steinlohlen sowie ein weiterer Entwurf über Abänderung des Berggesetzes von 1865.

Abg. Gus (Soz.): Wir fordern, daß das Gesetz dahin geändert wird, daß die Auslassung nicht mehr an Private, sondern an Gemeinden erfolgt. Der Bergbau darf nicht noch weiter kapitalisiert werden. Warum werden die Angriffe der Privatindustrie von der staatlichen Bergbauverwaltung nicht energisch zurückgewiesen? Es ist empörend, wie daffällig sich die Bergbau-Verwaltung erweist. Sie steht nur immer hinter der Dementierung. Warum bringt sie nicht Verbesserungsvorschläge? Aus einem Verträge mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat hat die Bergbauverwaltung einen Gewinnanteil von 15 Mill. M. erhalten. Von dieser Summe ist in sämtlichen Aufstellungen der Bergbauverwaltung, die den Parlamenten zugegangen sind, mit keiner Silbe die Rede. (Hört! Hört!) Wie kann man dann sagen, daß die Bergbauverwaltung vom Parlament zu sehr behindert würde?

Damit kann die Ursache für die Unrentabilität der Bergwerke nicht liegen. Die Verwaltung hat mit Thyssen einen Vertrag abgeschlossen, durch den Thyssen reich geworden ist, der aber der

Bergbauverwaltung eine endlose Reihe von Zuschüssen

auferlegt. (Lebhaftes Hört! Hört!) Noch schlimmer ist der Vertrag mit dem Hohenbühner Berg, der 25 Jahre läuft. Der Verlust aus diesem Vertrage beträgt über 3 Millionen M. im letzten Jahre. Der Direktor des Berges, der diesen einträglichen Vertrag abgeschlossen hat, der der Bergbauverwaltung einen solchen Verlust aufbürdet, ist niemand anders als der jetzige Reichsbergwerksminister von Raumer. (Leb. Hört! Hört!) Das ist ein schönes Gegenstück zu dem so lebhaft umstrittenen Rahn'schen Vertrag.

Von deutschnationaler Seite ist gegen die Bergarbeiter der Vorwurf erhoben worden, durch Streiks seien 42 Millionen Tonnen Kohle weniger gefördert worden, mit denen der Spaar-Vertrag hätte erfüllt werden können. Das ist eine schwere Beleidigung für die Bergarbeiter. Allein die Abwehr des Rapp-Butsches ist mit einer Verminderung der Kohlenförderung um 2,8 Millionen Tonnen Kohlen verbunden gewesen. Ein Lohn von 60 M. in Papier ist doch nur soviel wie ein Lohn von 4,50 M. in Gold. Da sollte man nicht von hohen Löhnen und Gehältern sprechen. Auch eine sozialdemokratische Regierung vermag an den Zuständen nichts zu ändern, solange das kapitalistische System nicht beseitigt ist. Das ist aber gänzlich unmöglich. Die Kleinaktion würden die

Uebertragung der Spekulation auf die Arbeiterkraft

bedeuten. In Amerika hat dies System völlig verlagert. Die besonderen Leistungen der Bergarbeiter und Angestellten im Bergbau müssen durch besondere Vergütungen anerkannt werden. (Sehr richtig! links.) Wir sind zu immer größerer Konzentration gekommen. An Stelle der politischen sind industrielle Großkonzentrationen getreten. In Rheinland-Westfalen ist der größte Teil des Bergbaues in den Händen von kaum einem Dutzend Unternehmerfamilien. Jetzt haben wir eine Fusion nach der andern erlebt, von den Stöhlen bis zum Fertigfabrikat. Nicht mehr lange und das Privatmonopol der Bergwerksbesitzer ist vollendet. Lassen Sie sich die Antitrustgesetzgebung in Amerika zum Vorbild dienen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Garisch (Ztr.): Die Bergarbeiter haben Verständnis für die Not des Vaterlandes. Das zeigt sich darin, daß sie die Notwendigkeit der Ueberarbeit anerkennen. Es muß aber verwitternd wirken, wenn sie die unerhörten Zustände in den Schieber- und Schleimwerkstätten mit ansehen müssen. Auch gegen Schmutz und Kartoffelwucher muß energisch eingegriffen werden.

Ungehört Kleiderludus wird von den Frauen heute getragen.

Dabei haben Tausende deutscher Kinder kein Hemd auf dem Leibe. (Lebhaftes Hört! Hört!) Zu begründen ist, daß der Wohnungsbau im Industriegebiet trübsalig vorwärts schreitet.

Abg. Dr. Frenzel (Dnt.): Im Namen meiner Fraktion spreche ich den Bergarbeitern für die Uebernahme des Ueberlebenskampfes unseren Dank aus. (Zuruf links: Silberberg!) Ich bin nicht Silberberg! Wir hatten vielmehr für unsere Pflicht, das Verantwortlichkeitsgefühl der Bergarbeiter anzuerkennen. (Beifall.) Der Abg. Gus hätte seine Rede lieber im Reichswirtschaftsrat halten sollen, denn dort sitzen die Fachmänner. Ueber die Unterlagen und Beweggründe seiner Darlegungen hätten sie am zuverlässigsten urteilen können. Die von ihm angeführten Verträge hätten allerdings dem Hause vorgelegt werden müssen, mindestens hätte sie der Ausschuss sehen müssen. Verträge, an denen beide Teile Freude haben, sind leider nur selten. Immerhin wäre es notwendig, nachzuprüfen, ob bei ihrem Abschluß eine Falschheit oder ein Uebersehen wichtiger Momente vorzuliegen. Die Aussprache über die Rentabilität des Bergbaues im Staatsbetriebe kann wohl als abgeschlossen betrachtet werden, denn es herrscht die einmütige Ansicht, daß der Staatsbetrieb unrentabel ist.

Die Bergbauverwaltung sollte sich ein Beispiel nehmen an der Konzentrationsbewegung in der Großindustrie, sie würde dann vorwiegend nutzbringender arbeiten. Der Antrag der Sozialdemokraten, nach dem geringwertiges Lokomotiven nicht mehr an Personen, sondern an Gemeinden vergeben werden soll, ist schon deshalb unannehmbar, weil sehr wahrscheinlich diese Lokomotiven dann überhaupt nicht mehr ausgebaut würden. Jedenfalls wollen wir zunächst die Stellungnahme der Regierung in dieser Frage kennen lernen. Wenn die preussischen Bergwerke einmal in Reichsbetrieb übergehen werden, so hoffen wir, daß ein fester Kern für die weitere günstige Entwicklung des Bergbaues damit geschaffen wird. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Borten-Düffeldorf (U. S. r.): Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft kann für uns nur einen Anfang für die Gesamtsozialisierung darstellen. Die Gewinnbeteiligung lehnen wir als arbeiterfeindlich ab. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Kleine Anfragen, keine Vorlagen, Haushalt der Bergbauverwaltung.

Das Beamtenbesoldungsgesetz.

Berlin, 9. Dezember. Heute behandelte der Hauptausschuß des Reichstages die bereits im Besoldungsunterschied vorbereitete Abänderung des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920. Im allgemeinen wurde die durch den Unterausschuß gegebene Fassung des Gesetzentwurfes beibehalten.

Es gehören demnach zu:

Gruppe I:

Wachschiffer, Wächter, Schrankenwärter, Schlenkewärter, Wärter, soweit nicht anderweitig angeführt.

Ganzwärter, Bagerwärter, Hausknechte, Wächter, Mannschaften.

Gruppe II:

Technische Gehilfen, Pförtner, Heizer (soweit nicht in Gruppe I), Maschinenwärter, Bahnwärter, Bahnhofsgelassen, Postboten, Brückenwärter, Leuchtturmwärter, Fährgehilfen, Schleusen- und Schleusenwärter, Kranenhausgehilfen, Gefreite und Obergefreite.

Gruppe III:

Amtegehilfen, Ministerialamtegehilfen bei den obersten Reichsbehörden, bei dem Büro des Reichspräsidenten, bei dem Reichskommissariat für die besetzten rheinischen Gebiete, Amtegehilfen bei dem Reichsfinanzhof, bei den Auslandsbehörden, Reichsgerichtswachmeister, Botenmeister, Kaskelane, Hausmeister und Oberaufseher bei den Versorgungslazaretten, Amtsobergehilfen, Gerichtswachmeister, Gerichtsoberwachmeister, Zollwachmeister, Zolloberwachmeister, Steuerwachmeister, Steueroberwachmeister, Drucker, Laboratoriumsgehilfen, Futtermeister, Lagermeister, Packmeister, Magazinverwalter, Bauaufseher, Forsthausgehilfen, Postkassierer, Eisenbahnschaffner, Notenschreiber, Rangierer, Weichenwärter, Oberbahnwärter, Schiffsheizer, Seeheizer, Zöllheizer, Schiffsmaschinen-aufseher, Seemannsaufseher, Oberheizer, Obermaschinewärter, Maschinisten, Weichengehilfen, Fährmeister, Gasmeister beim Reichsanstalt, Schleusen-aufseher, Leuchtturmwächter, Matrosen, Seematrofen, Zollbootleute, Schreibgehilfen, Unteroffiziere, Unterfeldwebel, Maate, Obermaate und Leitungsaufseher.

Gruppe IV:

Oberbotenmeister, besonders großer Behörden, Ministerialhausinspektoren, Reichsgerichtsoberwachmeister, Amtsobergehilfen bei den Auslandsbehörden, Hofinspektoren beim Reichsgesundheitsamt, Oberdrucker, Unterabdruckplattler, Präparatoren, Laboranten, Kangleiassistenten, Eisenbahnverkehrsassistenten, Notenaufseher, Rangierassistenten, Assistenten im Sicherungsdienste, Wagensassistenten, Stationsassistenten, Oberweichenwärter, Lokomotivheizer, Triebwagenführer, Kraftwagenführer, Schiffsoberheizer, Seebereiter, Zölloberheizer, Schiffsmaschinenoberaufseher, Seemanns-maschinenoberaufseher, Obermaschinisten, Obermatrosen, Seebereiter, Zölloberbootleute, Eisenbahn-betriebsassistenten, Oberpostkassierer, Postbetriebsassistenten, Telegraphenbetriebsassistenten, Oberleitungsaufseher, Funkentelegraphisten, Telegraphisten und Materialienverwalter beim Reichsanstalt, Fernsprechegehilfen, Oberfüttermeister, Oberlagermeister, Magazinverwalter, Packmeister und Mühlenmeister, soweit nicht in Gruppe I, Hebelstagnationsassistenten, Schleusenverwalter, Zöllbetriebsassistenten, Steuerbetriebsassistenten, Lazarettbetriebsassistenten, Feldwebel.

Gruppe V:

Ministerial-Kangleiassistenten, Kangleisekretäre, Oberpräparatoren, Oberlaboranten, Küster, Kirchhof-verwalter, technische und nichttechnische Registratur-assistenten, Verwaltungsbauassistenten, Verwaltungsassistenten, Stenographenassistenten, Marinegerichtsassistenten, Postassistenten, Telegraphenassistenten, Zöll-assistenten, Stenographenassistenten, Marineassistenten, Zugführer, Labormeister, Notenschreiber, Rangiermeister, Wagensmeister, Stationsmeister, Stellwerksmeister, Weichenführer im Sicherungsdienste, Lokomotivoberheizer, Referentelokomotivführer, Lokomotivführer bei der Marineverwaltung und der Reichscharverwaltung, Schleusenmeister, Seeschleusenmeister, Referent-maschinisten, Maschinisten bei der Reichs-schiff-Verwaltung, Schiffsmaschinisten, Dritte Seemannsmaschinen, Zöllmaschinisten, Steuermänner, Dritte Seemannsmänner, Schiffsführer für kleinere Fahrzeuge, Zöllschiffer, Oberleutnanten beim Reichsanstalt, Funkentelegraphisten, Telegraphenverwalter, Techniker (bei der physikalisch-technischen Reichsanstalt, bei der Reichsanstalt für Maße und Gewichte, bei der Landesaufsicht, bei den Sanitätsbehörden), Mühlenmeister und Packmeister als Leiter besonders wichtiger Dienststellen, Regiments-feldmeister, Zöllvollzieher, Steuervollzieher, Oberfeldwebel, Musikmeister, Leutnants während der ersten vier Dienstjahre als solche.

Die Besoldungsabänderung wird Freitag weiter beraten.

Rechte Telegramme.

Stimmen der Presse zur Annahme der Besoldungsvorlage.

Berlin, 10. Dezember. Die Blätter appellieren an die Einsicht der Beamten, daß sie bei der Stellungnahme zu der Annahme der Regierungsvorlage im Reichstag es nicht zum Neuherrn kommen lassen möchten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, daß das, was den Beamten jetzt bewilligt worden ist, tatsächlich das Höchstmögliche sei, was bei der heutigen Finanzlage des Staates bewilligt werden können. Das „Berliner Tageblatt“ gibt die große Nothlage der Beamten zu, hebt aber hervor, daß die katastrophale Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten es unmöglich mache, mehr zu geben, als gestern beschlossen worden sei. Die Finanzverwaltung müsse aber aus dem Stande, unverzüglich die Auszahlung der Gelder vorzunehmen, um wieder Ruhe in die Reihen der Beamten zu bringen. Der „Vorwärts“ erklärt, daß ein Streik der Beamten unserem schwer kranken Wirtschaftsleben den Todesstoß versetzen würde. Das Blatt verlangt daher schleunige Verhandlungen und weitere Konzessionen, falls die gestern beschlossene Maßnahme die Not der Beamten nicht lindern würde.

Verhaftungen wegen Getreideschiebungen.

Berlin, 10. Dezember. Die die „Vossische Zeitung“ aus Leipzig meldet, sind gestern in Leipzig, Dresden und Chemnitz auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zahlreiche Inhaber der angesehensten Getreidefirmen verhaftet worden. Gleichzeitig wurden sowohl in den Geschäftsräumen der Firmen, als auch in den Privatwohnungen der Inhaber Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft

steht im Zusammenhang mit einer Kettenhandelsangelegenheit, in die eine große sächsische Firma seit Monaten verwickelt ist.

Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Berlin, 10. Dezember. Laut „Kölnischer Anzeiger“ ist gestern der Schiedsspruch im Bankgewerbe gefällt worden. Demnach wird der Reichsbank unter Erhöhung der Einkommensziffer um 20 Prozent und

Erhöhung der Verheirathetenzulage auf 3600 Mark bis zum 30. Juni 1921 verlängert.

Wettervorhersage für den 11. Dezember:
Veränderliches Frostwetter, streichweise Schnee.

Druck u. Verlag Ferdinand Dornel's Erben
(Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Münz, für Redaktionen und Inseraten: G. Anders. sämtlich in Waldenburg.

Heute vormittag 10 $\frac{1}{2}$ Uhr verschied nach schweren Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager,

**der Buchbinderei-Inhaber
Paul Kaller,**

Mitglied des Kath. Arbeitsvereins,
im Alter von fast 86 Jahren.

Dies zeigt, um stillen Beileid bittend, im Namen der Hinterbliebenen hierdurch an

Die trauernde Gattin **Agnes Kaller.**

Waldenburg, den 9. Dezember 1920.

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr vom Trauerhause, Gottesberger Straße 27, aus statt.

Stiejerne Grubenhölzer!

Anbiete 2—3000 Festm. starke Dimensionen. Längen nach Käufer's Wahl frei Wg. ostpr. Station. Einschlag Winter 1920/21. Jahresquantum bis 10000 Festm.

Hans Woll, Allenstein, Ostpr.,
Kaiserstraße 23.

Empfehle für den Weihnachts- = Bedarf: Zigaretten

in allen Preislagen, von 12 Pf. an, speziell ägyptische Zigaretten.

Zigarren

in geschmackvollen Packungen, Ia. Qualitäten, von 50 Pf. an.

Rauchtabake,

100 Gramm 4.50, 5.—, 6.— Mk.

Zigaretten-Tabake, Hülsen, Papier, Stopfer, Tabakpfeifen, Zigarettenspitzen usw.

Gerner frisch eingetroffen:

Reddersen - Kautabak,
Schnupftabake in allen Sorten.

An Wiederverkäufer jedes Quantum zu konkurrenzlos billigen Preisen lieferbar. Bei größeren Weihnachtseinkäufen Vorzugspreise.

B. Gebauer,

Tabakwaren-Großhandlung,

Kreuzstraße 5.

Kreuzstraße 5.

Zum Weihnachtsfest

empfehle mein reichhaltiges Lager in:

**Christbaumlichter, Lametta,
Parfüms, Seifen.**

Prima Ware in

**Rum, Weinbrand-Kognak,
Punschessenz,
Kornessenz,
dopp. und einf. Likören.**

Drogerie „zur Vorwärtshütte“,

Hermisdorf, Bezirk Breslau.

Hugo Beitsch.



Das ist ja der Unterschied

das **Dr. Gentner's Nigrin**
Schuhputz

mit Banderole nur reines Terpentinöl enthält, während billiger Frem Wasser oder Ersatzstoffe zugesetzt sind.

Rehwild!

Ia.

**junge Mastgänse
und Enten.**

**H. Gänsebrust,
H. Rauchaal,
H. Rauchlachs,
H. Bücklinge.**

**Elbkaviar,
Ia. Wurstwaren,
Tafelkäse,
Oelsardinen,
ist. Tafelöl.**

**Schokoladen,
Pfefferkuchen,
Nüsse,
Weintrauben.**

**Rum — Kognak,
Punsch,
Liköre,
Weine**

empfiehlt billigst

Franz Koch,

Friedländer Str.
und Vierhäuserplatz.
Telephon Nr. 95.

Brennholz

bestehend aus Kernwalzen von Kiefer, Linde u. Eiche, ca. $\frac{1}{2}$ m lang, 7—8 cm stark, ist ein Posten im ganzen oder meterweise zu verkaufen.

Auf Wunsch franco Hans. Zündholzfabrik Dittersbach

Sauber. Mädchen,
das kochen kann, zum baldigen Antritt gesucht bei
P. Klemm, Friedländ. Str. 32.

Jeder Weihnachts-Auftrag

wird prompt bis zum Feste erledigt.

Hans Ucko,

Atelier für mod. Photographie u. Vergrößerungen,
Freiburger Strasse 3.

Wohnungs-Einrichtungen

Einzelmöbel : Korbmöbel

Kleinstmöbel für

Weihnachts-Geschenke

Nächtische : Rauchtische : Bauernische

Ständer : Etagères : Paneele usw. usw.

Spiegel in allen Größen

empfiehlt zu soliden Preisen

Paul Fleischer,

Waldenburg, Weinrichstrasse 15/16,
dicht am Sonnenplatz.

**Ein Schülerpult,
ein Kinderklappstuhl,
ein Dreirad**

zu verkaufen. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gebr. einsl. Gasbrenner

zu verk. Hermannstr. 8, I, 1.

Ein Paar neue Herrenschuhe,

Gr. 39, sind zu verkaufen.

Wo? sagt die Geschäftsst. d. Stg.

Gut bürgerl. Mittagstisch

zu vergeben. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Im Gasthause von Herrn Bübel in Dittmannsdorf

Sonntag den 12. Dezember 1920:

Wohltätigkeits-Vorstellung

zum Besten der Waldheilstätten.

Ein 12—13-jähriger Knabe oder Mädchen d. Vorlesen geü. Wo? i. d. Geschäftsst. d. Stg.

Kleine Anzeigen

wie:
Geldgesuche und Angebote
Verkäufe, Kaufgesuche,
Stellengesuche und Angebote
usw. usw.
finden in der

„Waldenburger Zeitung“
zweckentsprechende Verbreitung.

Kinderschöre, gemischte Chöre, Reigen, Kindertheater.
Nachmittags 3 Uhr für Kinder Eintritt 50 Pf. Abends $\frac{1}{2}$ 3 Uhr für Erwachsene an der Kasse 4 Mk., Eintrittskarten vorher 3 Mk.
Zahlreicher Besuch recht erwünscht.

**Orient-
Theater.**

Vampire

Freitag bis Montag:

1. Teil **Vampire.** 1. Teil.

Die große Auslands-Sensation.
Der Schrecken aller Detektive.

Der meistbesuchteste Film der Gegenwart.
31 Akte in 6 Teilen.

Sensationen reihen sich an Sensationen!
Ein Abenteuer übertrifft das andere!
Das Unglaublichste wird Wirklichkeit!

I. Teil:

1. Epis.: Der Kopf des Opfers.
2. Epis.: Der Todesring.
3. Epis.: Die rote Geheimschrift.

Ferner:

Die neueste Delog-Film-Operette:

Wenn die Liebe nicht wär!!

Mitwirkende: 5 Berliner Opernsänger.

In der Hauptrolle: Henry Bender.

Anfang Punkt 4 Uhr.



Gasthof zur „Stadt Friedland“.
Ausverkauf von Schultheiß-Bier.

Stadttheater in Waldenburg.

Niemand versäume

Die Kinopuppe

mit Ida Wild (Titelrolle),

Marg. Ludwig, Leo von Veit, Dir. M. Pütter,

Gerd Charlier in den Hauptrollen und in der

übrigen glänzenden Besetzung,

sich am Sonntag anzusehen!

Donnernde Heiterkeit!

Vorverkauf im Zigarrengeschäft R. Sahn von Sonnabend
8 Uhr an.

Wieder eingetroffen:

Ein größerer Posten

Strickwolle,

solange Vorrat reicht,
Zage 4,50 bis 8,50 M.

Lassen Sie sich diese
Gelegenheit nicht entgehen.

Bestverkauf E. Janke

Neu Waldenburg,

Hermannstraße Nr. 8,

und Waldenburg,

Weinrichstraße Nr. 8,

Haus Tischlermeister Höhn.

Frau zum Vertragen
von Zeitungen
in Ob. Walden-
burg kann sich melden. Näh.
in der Geschäftsstelle d. Stg.

Feinsten

Speise-Rübensaft

per Pfund 2,90 Mk.

empfiehlt

Friedrich Kammel.

Apollo-Lichtspiele.

Freitag bis Montag!

Bruno Eichgrün:



Der geheimnisvolle

Steinbruch.

I. Teil: Der Nachtreiter.

Als zweiter Schläger:

Die Idee des Dr. Pax.

Detektivdrama in 4 Akten.

In der Hauptrolle: Ada van Ehlers.

Lichtspielhaus Bergland
Waldenburg Neustadt

Freitag bis Montag!



Apachen - Rache!!!

I. Teil:

Bankräuber gegen Kriminalpolizei

5 spannende Akte.

Erstaufführung! Dazu: Erstaufführung!

Der Edelweiß-König!!!

Drama aus dem Hochgebirge

5 Akte! von Ludwig Genghofer. 5 Akte!

**Union-
Theater**

Freitag bis Montag!

Der große, dramatische Monumentalfilm
in einem Vorspiel und fünf Akten:

Retter der Menschheit!

Die Handlung ist eine spannende Erzählung mit großen Sensationen.

Hauptrolle: Harry Liedtke, Käthe Haack.

Ferner:

Antike Drahtkommode!

Vorspiel in 2 Akten.

Waldenburger Zeitung

Nr. 289.

Freitag, den 10. Dezember 1920

Beiblatt

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 10. Dezember 1920.

16. Schleifische Provinzialsynode.

Die vorletzte Sitzung brachte die mit Spannung erwartete Entscheidung über die große Liebesgabe, die dem Antrag der Kommission entsprechend einstimmig Ratjowalde zuerkannt wurde. Die beiden unterliegenden Gemeinden, Gunnersdorf (Kr. Sprottau) und Weißwasser, erhielten aus den Kollekten der Jahre 1918 bis 1920 für bedürftige Gemeinden, die mit etwa 131 000 Mark zur Verteilung kamen, ebenso wie Wansin je 10 000 Mark, während der Rest in einzelnen Zuschüssen von 8000 Mark bis 500 Mark einer großen Reihe von Gemeinden bewilligt wurde. Sowohl die Kollekte für die bedürftigste Gemeinde, wie die Kirchen- und Hauskollekte für bedürftige Gemeinden wurden auch für die neue Synodalperiode genehmigt. Dem Schleifischen Verband evangelischer Arbeitervereine, der weder politische noch wirtschaftliche Ziele hat, sondern eine Gesinnungsgemeinschaft auf dem Boden der evangelischen Kirche ist, wurde nach Vortrag der Vorlage durch Pastor prim. Spaeth ein jährlicher Zuschuß von 6000 Mark, der Evangelischen Zentralstelle ein solcher von 2500 Mark, dem Ev. Preisverband für Schlesien ein jährlicher Zuschuß von 34 000 Mark bewilligt.

Die letzte Vollversammlung erlebte an erster Stelle die Kommissionsanträge über die Vorlage des Konfessionsrats betreffend Neuordnung des Kollektendienstes. Superintendent Dahmann trug sie vor.

Grundsätzlich wird an die Spitze der Gebante des Opfers gestellt, der ein notwendiger Bestandteil des Gemeindelebens und jedes Gottesdienstes ist. Gefordert wird eine größere Freiheit der einzelnen Gemeinden, Kreis- und Provinzialsynode hinsichtlich der Kollektenanordnung, etwa durch Zurückziehung eines bestimmten Teiles der Kollektentage an die einzelnen anordnenden Stellen. Mit Freuden nimmt Synode die Anregung auf, zum 400jährigen Jubiläum des deutschen evangelischen Pfarrhauses die Errichtung einer „Katharina von Bora-Stiftung“ in die Wege zu leiten, die der Not der Hinterbliebenen wehren und damit der Erhaltung und Pflege des deutschen Pfarrhauses dienen soll. Empfohlen wird die Mitwirkung vor allem der Kirchenältesten bei der Einammlung der Kollekten.

Die Kommissionsanträge über die Vorlage des Konfessionsrats betr. den provinzialkirchlichen Hilfsfonds und betreffend Rechnungs- und Verwaltungsbericht über die Provinzial-Synodalperiode für die Synodalperiode 1918—1920, dieser mit dem ergänzenden Beschluß, daß 10 000 Mark aus dem provinzialkirchlichen Hilfsfonds für die Not der Pfarrwitwen und -waisen jährlich bereitgestellt werden, finden Annahme.

Auf den Bericht des Pastors Jöbel-Sörlik, betr. Mißgeschick, macht Provinzialsynode die evangelischen Gemeinden auf die durch das neue katholisch-kirchliche Gesetzbuch verursachte Mißgeschick der katholischen Kirche aufmerksam: „Danach sind alle nicht vor einem katholischen Pfarrer geschlos-

senen Ehen kirchlich nichtig. Also nimmt die katholische Kirche in Anspruch, daß allein durch sie einer bürgerlich gültigen Ehe der göttliche Segen vermittelt wird. Darin liegt eine Herabwürdigung der von der evangelischen Kirche eingesegneten Ehe. Wir erheben dagegen scharfen Einspruch und rufen unsere Gemeindeglieder zur Treue gegen unsere evangelische Kirche auf.“

Hierauf behandelte Probst D. Dede die Kirchenaustrittsbewegung. Die Synode nahm, entsprechend einem Antrag der Gruppen, Stellung zu ihr in einem Aufruf an die evangelischen Gemeinden, in dem es u. a. heißt: In den vergangenen Monaten haben in großer Zahl Kirchenaustritte auch in unserer Provinz stattgefunden. Wenn auch bei einzelnen innere Gründe diesen Schritt veranlaßt haben mögen, im ganzen hat doch Haß, Verleumdung und Unkenntnis des Lebens der Kirche das Feuer geschürt und zur Fahnenflucht ausgerufen. Wir beklagen Verführer und Verführte, sie haben sich und ihrer Familie, zumal ihren Kindern, schwere Wunden geschlagen; sie haben Recht und Anspruch auf die Kirche mit allen ihren Einrichtungen aufgegeben; sie ahnen nicht, was der Zusammenbruch des kirchlichen Lebens für unheilvolle Folgen für das Volk und damit für sie selbst haben müßte. Welche Maßnahmen die Kirche gegen die Austrittsbewegung ergreifen hat, werdet Ihr demnächst erfahren, sie wird ihre Rechte zu wahren wissen. Euch aber, die Ihr treu geblieben seid, rufen wir zu: Nun erst recht zur Kirche gehalten! Schenkt ihr opferbereite, starke Liebe, tretet für sie ein, manhaft und freundlich, in Wort und Tat, überzeugt, daß unter deutsches Volk nur gesunden kann durch kraftvolle Entfaltung des lebendigen Christentums. Beteiligt Euch rege an kirchlicher Arbeit, die neuen Formen und Ordnungen bieten Euch weiten Raum dazu.

Danach schloß der Präses mit Dank und in treuem Gedenken an die Glaubensgenossen in Polen und Oberschlesien, in deren Namen Superintendent D. Dede die 16. ordentliche Schleifische Provinzialsynode.

Kauft am Plage!

Kauft zeitig ein und kauft möglichst am Plage, möchte man ausrufen. Je eher man an die Besorgungen für das Fest geht, um so größer ist überall die Auswahl, und sollte man wirklich etwas nicht so finden, wie man es sich gedacht hat, so kann man Bestellungen aufgeben oder anderweitig darnach suchen. Die Hauptsache aber ist, daß man Ruhe genug hat, um langsam, nach und nach einzukaufen und deshalb mit viel mehr Ruhe aus Wert geben kann, als wenn man das Einkufen bis auf die letzten Tage verschiebt, wo man oft, um nur überhaupt noch fertig zu werden, irgend einen Gegenstand nimmt, der vielleicht seinem Zweck, Freude bereiten zu sollen, gar nicht entspricht. Ein Unrecht gegen die Geschäfte am Plage ist es, alles von anderen Städten zu beziehen.

Jeder Kaufmann will leben, und gerade die große Mühe und Arbeit, die sich auch der kleine Kaufmann gibt, seine Kunden zu befriedigen, verdient Anerkennung. Der Kunde hat zudem noch den Vorteil, selbst auswählen zu können, während man bei auswärtigen Bestellungen oft enttäuscht wird.

* **Fahrplanveränderungen.** Die Eisenbahndirektion teilt mit: Ab Montag den 13. Dezember wird Zug 1940 zum Anschluß an Zug 761 später gelegt: Kellhammer ab 8,30, Langwaltersdorf an 8,37, ab 8,38, Friedland an 8,47, ab 8,48, Halbstadt an 8,57 vormittags.

* **Elektrischer Eisenbahnbetrieb.** Noch kurz vor Abschluß des Jahres hat die Elektrifizierung der schlesischen Gebirgsbahntrecken einen weiteren erfreulichen Erfolg zu verzeichnen. Die elektrische Ausrüstung der Strecke Ruhbau—Liebau ist vollendet. Die Fahrdrachanlage dieser Strecke wird vom 14. Dezember ab unter Spannung von 16 000 Volt gefahren und die Strecke soll darauf mit elektrischen Triebfahrzeugen befahren werden. Bei unserer großen Kohlennot ist es zu begrüßen, daß auch hier wieder im Eisenbahnbetrieb eine Kohlenersparnis durch den Fortfall von Dampfloklokomotiven eintritt. Von Mitte dieses Monats ab kommen danach in Schlesien für die elektrische Zugbeförderung in Betracht die zweigleisige Hauptstrecke Königszell—Girchberg mit 77 Kilometern und die Seitenstrecken Nieder Salzbrunn—Halbstadt mit 35 Kilometern und Ruhbau—Liebau mit 17 Kilometern. Das sind zusammen 129 Kilometer Eisenbahntrecken, die elektrisch betrieben werden.

* **Wunder und Weihnacht.** Vor nichts macht sie halt, die bedenkenlose Profitgier der Zeit, warum also vor dem Lichterbaum? Aus dem Schwarzwald und aus Schlesien wie vom Rhein kommt die Kunde, daß die Weihnachtsbäume dies Jahr 20—25 Mark „bringen“ werden. Das bedeutet aber, daß dort, wo die Not des Tages alles verzehrt, wo der Christbaum das letzte ist, was vom Fest der Freude verbleibt, in den minderbemittelten, kinderreichen Familien auch auf dies letzte verzichtet werden muß. Das darf nicht sein!

* **Falsche Fünzigmarkscheine — und ihre Erkennungsmerkmale.** Zu dem Vorkommen der falschen Fünzigmarkscheine teilt die Reichsbank mit, daß das Komma in der Nummer rechts unten kein Kennzeichen einer Fälschung ist. Die echten Noten der Reihe 1 und 4 (links obere Ecke) haben kein Komma, diejenigen der Reihe 2 und 3 haben es. Die hauptsächlichsten Merkmale der Fälschungen sind: 1. Das Papier ist lappig, brüchig, dick, gefärbt, um dem Fälschler ein gebrauchtes Aussehen zu geben. 2. Der weibliche Idealkopf erscheint alt, stark beschattet, oft entstellt, mit mürrischen groben Zügen, schliefenden Augen, starrem Blick. 3. Einzelne Sterne fehlen, an Stelle der Sterne stehen unregelmäßige weiße Flecke. 4. Die ganze Zeichnung der Note ist unklar, verwischt, ungenau, an Stelle der Grundmuster treten willkürlich gemahlte zeichnerische Unterlagen. 5. Der braune Rand ist nicht scharf gezahnt, weiß, dick, die Wellen verlaufen ungleichmäßig. 6. Die Faserstreifen, welche

Geisterglaube und Fortschritt.

Von den verschiedenen Arten menschlichen Übergläubens ist jedenfalls der Geisterglaube am tiefsten eingewurzelt; seit Urzeiten mit allen Religionsystemen untrennbar, hat er im Laufe der Jahrhunderte die verschiedensten Wandlungen bis zum wissenschaftlichen „Spiritismus“ eines Jöller, Crodes oder Lombroso durchgemacht. Zwar hatte ein „deutscher“ Geistesritze schon vor 150 Jahren erklärt, man müsse zwar nicht alles glauben, was die Leute sagen, man müsse aber auch nicht glauben, daß sie es ganz ohne Grund sagen. Dennoch blieb das erteilte Vorurteil gegen eine kritische Untersuchung der wissenschaftlich noch nicht erklärten Grenzphänomene (des sogenannten „Okkultismus“) in deutschen Ländern bis auf den heutigen Tag so ziemlich in unverminderter Festigkeit bestehen.

Besonders interessant sind die Experimente Schrenks, der kürzlich sein neuestes Werk „Physikalische Phänomene des Mediumismus“ erscheinen ließ, mit einem polnischen Medium, Fräulein Stanislawka Tomozyl. Aus seinen Versuchsreihen sei hier nur ein Experiment herausgegriffen, das etwa ein halbes Dutzend Male wiederholt wurde.

„Eine flache Glasglocke mit fünf darunter liegenden Zelluloidkugeln wird vor Stanislawka auf den Tisch gestellt. Bei Annäherung der Hände von rechts und links (selbstverständlich bei absolut ruhiger stehender Tisch und ohne daß Stanislawka die Glasglocke auch nur einen Augenblick berührt) setzen sich zwei der eingeschlossenen Kugeln auf der Tischfläche in Bewegung, während die übrigen drei ruhig bleiben. Auf Wunsch wird nun eine von Professor G. bezeichnete Kugel gerollt. Dann nochmalige Bewegung von zwei auf der entgegengesetzten Seite liegenden Kugeln.“

Andere interessante Versuche sind zum Beispiel das Freischwebenderhalten einer glatten Zelluloidkugel, sowie das Herausheben eines Küssels aus einem Glase und Erhalten in freischwebender schiefere Stellung etwa 25 Zentimeter über dem Tische usw. Schließlich wurde die Wagschale einer Doppelwaage

durch Belasten in eine tiefere Stellung gebracht; Stanislawka hält nun ihre Hände entsprechend weit seitwärts oder oberhalb der Doppelwaage und bewirkt das Emporheben der belasteten Wagschale. Alle diese Experimente wurden mehrmals wiederholt und auch durch die photographische Platte fixiert. Selbstverständlich wurde stets die sorgfältigste Vor- und Nachkontrolle am Körper des Mediums geübt; während der Experimente waren die Arme bis über die Ellbogen zurückgeschoben. Um zu beweisen, daß keine Faden- oder Haarverbindung zwischen den Händen besteht, werden vor und nach den Versuchen die Arme in die Luft gehoben und die Hände auf einen Meter von einander entfernt. Uebrigens schließen seine zum Beispiel die Glätte der Zelluloidkugel oder das Freischweben des Küssels in schiefer (nicht vertikaler) Stellung die landläufigen Betrugsannahmen aus.

Es ist begreiflich, daß diese sehr selten vorkommenden Phänomene jedem, der nicht Gelegenheit zu persönlicher Ueberprüfung hatte, zunächst unfaßlich erscheinen, doch vermag die Schrenksche Erklärungs-hypothese viel zum Verständnis beizutragen. Der lebhafteste Wunsch des Gelingens einer solchen Fernwirkung erzeugt nämlich (nach Schrenk) die zur Ausführung der Aufgabe erforderlichen Nervensubstanzen aus „teleplastischer Materie“, die sich nach Bedarf aus den Händen (oder anderen Teilen des Mediumkörpers) hervorheben. Um eine Befestigung für seine Theorie zu erhalten, ließ Schrenk die Aufnahmen der lebendigen (schwebend erhaltenen) Objekte 100 bis 200fach vergrößern, und die mikroskopische Untersuchung des Negativs zeigte tatsächlich ganz eigenartige, vielfach unterbrochene Strahlen oder fraktionierte Verbindungen von teleplastischer Materie, die von den Händen des Mediums ausgehen und die „telekinetischen“ Einwirkungen hervorrufen.

Eine Schilderung des heutigen Moskau.

Das Pariser „Journal“ veröffentlicht einen Artikel des Fräuleins Isabelle Carlier, die unter großen Schwierigkeiten die Heimkehr einer Anzahl von Franzosen, die in Moskau von Bolschewisten ge-

fangengehalten worden waren, bewerkstelligt hat. Fräulein Carlier entwirft ein trauriges Bild der gegenwärtigen Zustände in Moskau. „Wer diese Stadt seit vier Jahren nicht gesehen hat“, schreibt sie, „der greift sich an den Kopf. Schon am Bahnhof glaubt er sich in eine Wüste versetzt. Leer und ausgestorben liegt der Bahnhofplatz da, auf dem sich früher Hunderte und aber Hunderte von Fahrzeugen drängten; ist doch das Pferd in Moskau überhaupt so gut wie ausgestorben. Trifft man dank einem abenteuerlichen Zufall auf einen Wagen, so verlangt der Kutscher für eine Fahrt von zehn Minuten, die früher einmal 30 Kopeken kostete, mindestens 3000 Rubel. Von 25 Tramwaylinien, die einmal die Stadt durchqueren, sind im ganzen zwei übrig geblieben. In der Nähe des Bahnhofes schenken Händler im Umherziehen eine abgelaufene Flüssigkeit aus, die sie Milch nennen. Für 2½ Glas mußte ich 420 Rubel zahlen. Einige Schritte weiter verkaufen halbverdorrene Burschen Bonbons, Zunderstücke und Zigaretten zu Phantasiereisen. Eine Zigarette aus herzlich schlechtem Tabak kostet 25 bis 30 Rubel. Die großen Bazar sind unbarmherzig geschlossen worden, ebenso die bekanntesten Kaufhäuser. Dafür ist die ganze Stadt ein großer Trödelmarkt, auf dem erst in zweiter Linie Gurken, Äpfel (250 Rubel das Pfund) und „Sobla“, ein zäher, furchtbar gesalzener Fisch, feilgeboten werden. Der frühere Bourgeois, der ehemalige Aristokrat verkauft vielmehr hier die letzten Stücke seines Hausrates. Die vielen Häuser aus Holz, die Moskau zählte, haben einfach als Brennmaterial gedient. Vor den Sowjetläden, deren jeder eine schwarze Nummer auf weißem Schild führt, stellen sich die Leute an, um an Tagen, an denen Ware eintrifft, mit Hilfe einer Legitimationskarte ein Paar Schuhe, einige Meter Stoff oder auch nur eine oder zwei Nähmaschinen zu erlangen. Infolge des Papiermangels ist der Verkauf der Zeitung beschränkt. An den Straßenecken und sowjetische Blätter (andere gibt es nicht) affigiert und vor diesen Aufschlägen sammeln sich die Leser. Man hört kein lautes Wort. Keine Miene verzichtet sich. Es tonnen ja Spione in der Nähe sein. In ganz Moskau regiert die blasse Angst.“

Bei den echten Noten auf braunen, in das Papier eingewirkten Fasern bestehen und das Bild der Rückseite von oben nach unten durchziehen, fehlen, oder sie sind nur vorgetäuscht durch braune Striche oder aufgestrichene Fasern oder Haare. 7. Der Straßrind (Rückseite) zeigt unklare verwischte Schrift. Man prüfe sich das Bild der echten Note ein!

*** Stadttheater.** Am Sonntag wird zum letzten Mal die erfolgreiche Operette „Die Kloppe“ gegeben. Die beliebte Comedienne des Stadttheaters, Ida Schild, darf diese Rolle zu ihren besten Glanzleistungen rechnen. — Am Montag bleibt das Stadttheater geschlossen. — Am Dienstag wird das Volksliederspiel „Klein auf der Heiden“ wiederholt. — Für Groß und Klein wird zurzeit das ganz allerliebste Weihnachtsmärchen „Peterchens Mondfahrt“ einstudiert.

A. Nieder Salzbrunn. Einen Elternabend veranstaltete die evangelische Schule des Ortsteils Sargau im kleinen Gasthof hier selbst. Die gesanglichen Darbietungen, mit fester Zielstreue geführt von Lehrer Spiller, hielten aus der munteren Kinderschar heraus, was nur irgend möglich war: Tonschönheit, Klangfarbe und tiefinnerliches Empfinden, das sich auch hier mit dem Worte deckte, das Goethe seinen Sängern sprechen läßt: „Das Lied, das aus der Seele dringt, ist Lohn, der reichlich lohnt!“ Nach einem heiteren Zwischenspiel mit Eisen- und Gnommenreigen und einem Vortrage des Lehrers Bochnig über den sagenumwobenen Zauber des Tannenbaumes folgte eine Ansprache des Hauptlehrers Nieblisch, der die Eltern mahnte an ihre Pflichten der Schule gegenüber.

*** Dittmannsdorf.** Eine Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten der Waldheilstätten findet hier am Sonntag den 12. Dezember im Göbelschen Gasthofe statt. Näheres besagt eine Anzeige im heutigen Informativteil.

Aus der Provinz.

Breslau. Die neue Höchstgrenze für Mietssteigerungen. Der Magistrat beschloß, die Höchstgrenze für Mietssteigerungen auf 40 Prozent der Friedensmiete festzusetzen. Der Beschluß bedarf zu seiner Durchführung noch der Zustimmung des Regierungspräsidenten.

Peterswaldau. Feuer entstand im Stallgebäude des Stellenbesizers Süßenbach. Der schnell herbeigeeilte Feuerwehr gelang es, das schwer bedrohte Wohnhaus und die Scheune, zwischen denen der Stall eingebaut ist, zu retten, und das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Dachstuhl ist heruntergebrannt, wobei erhebliche Vorräte an Stroh und Heu dem Feuer zum Opfer fielen. Der Schaden dürfte etwa 30 000 bis 40 000 Mk. betragen.

N. Neurobe. Verschiedenes. Ein neuer Erdtunnel schneidet im Einschnitt vor dem Königsweiler Tunnel. Gegen 40 000 Kubikmeter Boden rutschen hinab. Acht Wagen eines Arbeitszuges wurden verschüttet, ebenso ein Teil des Gleises. — In Albenborn geriet das 2½ Jahre alte Söhnchen des Bauerntochters Schöpe in den Gabel der Drechsmaschine und fand dabei den Tod. — Als Nachfolger für den in den Ruhestand tretenden Schulrat Scholz ist Kreisrat Zimmermann aus Putzig ausgerufen.

Der Viehhändler Heinrich Walter in Neu Salzbrunn ist durch Urteil des Schöffengerichts hier vom 10. Oktober 1919, bzw. durch Urteil der Strafkammer in Schweidnitz vom 16. Juli 1920 wegen Schleichhandels zu 1 Monat Gefängnis und zu 5000 Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtvollstreckungsfall 1 Jahr Gefängnis tritt, rechtskräftig verurteilt. Auch ist die Einziehung der nicht bereits zu Gunsten des Kommunalverbandes für verfallen erklärten Fleischvorräte ausgesprochen worden.

Amtsgericht Waldenburg Schleis.

Weizenkochmehlansgabe.

In der Zeit vom 13. bis 17. Dezember 1920 können empfangen werden:

Gegen Abschnitt Nr. 20 der Lebensmittelliste: 500 gr aus amerikanischem Weizen hergestelltes 75% Kochmehl zum Preise von Mark 5,—.

Dieser Abschnitt verliert seine Gültigkeit am 24. Dezember 1920. Waldenburg, den 7. Dezember 1920.

Der Landrat.

Lebensmittellisten und Rindernährmittellisten.

In der Woche vom 13. bis 17. Dezember 1920 können zu nachfolgenden Preisen empfangen werden:

Gegen Abschnitt Nr. 20 der Lebensmittelliste 80 Gramm Mädeln für 0,88 Mark.

Ferner gegen Abschnitt Nr. 29 der Rindernährmittelliste 100 Gramm Weizenroggen für 0,88 Mark.

Die Abschnitte verlieren ihre Gültigkeit am 17. Dezember 1920 mittags.

Waldenburg, den 8. Dezember 1920.

Der Landrat.

Betrifft: Milchkarten-Ausgabe.

Infolge allgemeiner Milchknappheit sehe ich mich genötigt, anzuordnen, daß die für akute Krankheiten zur Ausgabe gelangende weiße Milchkarte nur für begrenzte Zeit gewährt wird.

Waldenburg i. Schl., den 7. Dezember 1920.

Der Landrat.

Schütz.

Eisenbahnfahrpläne

sind zu haben in der Geschäftsstelle der Waldenburger Zeitung.

Faulstich. Gefährliche Schiffe. Hier wurde ein Bauernwagen aus Karzen (Kr. Rimpfisch) von zwei Landjägern angehalten und durchsucht. Es wurden 11 Zentner Weizen und 4 Zentner seines weissen Weizenmehls gefunden und beschlagnahmt. Die Ware sollte nach Waldburg verschoben werden. Bald darauf lief ein aus dem großen Bauerndorf Hennesdorf kommender Aufläufer der Gendarmerie ins Garn. Ihm nahmen die beiden Gendarmen-Wachmeister gleichfalls sehr gut ausgemahlenes Mehl und einige Pfund Butter ab.

Bollenhain. Automobilunfall. Kreisarzt Dr. Nicolaus verunglückte mit seinem Auto auf der Chaussee vor Hohenfriedberg. Als er an einem Pferdegespann vorbeifahren wollte, scheuten die Pferde und gingen durch. Hierbei kam der Fahrer zu Fall; um diesen nicht zu überfahren, lenkte der Chauffeur auf einen Seitenweg. Hierbei schleuderte das Auto und überschlug sich, den Kreisarzt und den Chauffeur unter sich begrabend. Während der Chauffeur sich sofort befreien konnte, war es erst nach ½ Stunden möglich, den Kreisarzt aus seiner Lage zu befreien. Der Kreisarzt hat hierbei einen Nervenschlag und Verletzungen an der Schulter erlitten. Der Chauffeur hat sich einen Arm gebrochen und Quetschungen an der Brust davongetragen. Das Auto ist fast gänzlich demoliert.

Hirschberg. Schließung des Stadttheaters? Wie in anderen Städten, so steht auch hier das Theater vor einer schweren finanziellen Krise, da die Unkosten in keinem Verhältnis mehr zu den Einnahmen stehen. Demnach sollen Besprechungen zwischen Vertretern des Magistrats und den Bevollmächtigten des Deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger stattfinden, in denen über das weitere Schicksal des Theaters beraten werden soll.

Diegnitz. Scharfer Schuß auf einen D-Zug. Einem groben Unfug, durch den Menschenleben in Gefahr kamen, wurde der D-Zug 128 der Strecke Breslau-Dresden ausgesetzt. In der Nähe der Station Kaiserwaldau (zwischen Hainau und Bunsau) wurde auf den Zug ein scharfer Schuß abgegeben, wodurch in einem Wagen 3. Klasse eine Fensterscheibe zweimal durchschlagen wurde.

Diegnitz. Vereitelte Verschiebung von Heerespferden. Beamten der Ersatzabteilung des Reichsfinanzministeriums in Diegnitz gelang es, in Hirschberg und Umgebung eine geplante größere Verschiebung von Heerespferden zu verhindern. Es war beabsichtigt, 10 Heerespferde zu verkaufen, ohne daß die zuständigen Stellen von dem Vorhandensein überhaupt unterrichtet waren. Es ist gelungen, bisher sieben Pferde wieder zu erfassen, während von den anderen Pferden zwei den Besitzern in der Hirschberger Umgegend, bei denen sie untergebracht waren, gestohlen worden sein sollen. In die Angelegenheit sollen auch Angehörige des früheren Jäger-Bat. 5 in Hirschberg verwickelt sein.

Bunte Chronik.

Ueber ein Studentendrama

wird aus Freiburg i. Br. berichtet: Unter der Anklage des Totschlags an seiner Geliebten, der 20jährigen Studentin Emma Frese, hatte sich vor dem hiesigen Schwurgericht der 24jährige Student Karl Emil Janke aus Altona zu verantworten. Janke hatte in den

Nachmittagsstunden des 28. d. J. im Hofaal 21 der Universität fünf Revolvergeschosse abgegeben, wodurch der sofortige Tod der Frese herbeigeführt wurde. Aus sehr materiellen Beweggründen unterhielt die mit genussüchtigen und verschwenderischen Neigungen ausgestattete Frese neben dem Verhältnis mit Janke auch noch Beziehungen zu einem Kaufmann Krayer. Janke beschwor seine Geliebte vergeblich, von dem Nebenbuhler abzulassen. Als er am 28. Juni Krayer und Frese in einem Restaurant beisammen sah, eilte er nach seiner Wohnung, steckte einen geladenen Revolver zu sich, anfänglich in der Absicht, sich selbst zu erschießen. Zu einem anderen Entschluß kommend, begab er sich nach der Universität, wo er die Schüsse auf die Geliebte abgab. Die Geschworenen erachteten Janke der Körperverletzung mit nachfolgendem Tode für schuldig, doch waren sie der Ansicht, daß mildernde Umstände geboten seien. Urteil: ein Jahr Gefängnis. Der Obmann gab bekannt, daß die Geschworenenbank beschloß, ein Gnabengesuch für den Angeklagten zu beschleunigen. Vom Schwurgerichtshof wurde seine vorläufige Haftentlassung angeordnet.

Der unaufändige Zoo-Direktor.

Im Dresdner „Zoo“, der satzungsgemäß wissenschaftlichen Zwecken dienen soll, unternahm seit längerer Zeit der Direktor hochinteressante Versuche mit der Vermännlichung und der Verweiblichung von Damhirschen. Es gelang ihm die sekundären Geschlechtsmerkmale umzuwandeln. Die Versuche erregten die größte Bewunderung, aber als er vor einiger Zeit mit anderen Tieren seine Versuche fortsetzen wollte, beantragte der Vorsitzende des Aufsichtsrates des „Zoo“, namens Büttner-Robst, dies solle unterbleiben. Derartige Versuche seien unanständig (!), skandalös. Als Professor Brandes gar mitteilte, er hätte die Absicht gehabt, auch an Bismarcken derartige Versuche zu machen, und er hätte die Foknung, Bismarcken mit einer Wähne vorführen zu können, gab es einen solchen Aufbruch in der Aufsichtsratsitzung, daß Brandes, um die Beziehungen nicht unnötig zu verwickeln, auf die Durchführung seiner Experimente, die dem Dresdner „Zoo“ eine Anziehungskraft ersten Ranges verschafft hätten, verzichtete. — Es heißt doch immer: Die Sachen sein helle! Aber es scheint, als seien sie bloß „anständig“.

Kirchen-Nachrichten.

Evangelische Kirchengemeinde zu Salzbrunn.

Sonntag den 12. Dezember (3. Advent), vorm. 8½ Uhr Beichte und Feier des hl. Abendmahls, um 9 Uhr Gottesdienst in der Kirche zu Nieder Salzbrunn: Herr Pastor Keller. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst in der Kapelle zu Konradsthal: Herr Pastor prim. Regländer. Vorm. 9½ Uhr Beichte und Feier des hl. Abendmahls, um 10½ Uhr Gottesdienst in der Kirche zu Ober Salzbrunn, um 10¼ Uhr Kindergottesdienst dafelbst: Herr Pastor Göbel. — Mittwoch den 15. Dezember, vorm. 9 Uhr Beichte und Feier des hl. Abendmahls in der Kirche zu Nieder Salzbrunn, abends 7 Uhr Bibelstunde in der Sakristei dafelbst: Herr Pastor prim. Regländer.

Evangelische Kirchengemeinde Charlottenbrunn.

Sonntag den 12. Dezember, vorm. 9 Uhr Gottesdienst und Abendmahlsfeier: Herr Superintendent Viehler.

Steingrund: Sonntag den 12. Dezember, vorm. 9½ Uhr Gottesdienst: Herr Pastor Stern. — Mittwoch den 15. Dezember, abends 8 Uhr Bibelstunde: Herr Pastor Stern.

Beisitzer zum Gewerbegericht.

Bei der am 5. Dezember 1920 vollzogenen Neuwahl der Beisitzer zum Gewerbegericht aus dem Arbeitnehmerstande sind: auf die von der freien Gewerkschaft eingereichte Wahlvorlagsliste 831 Stimmen, auf die von der christlichen Gewerkschaft eingereichte Wahlvorlagsliste 82 Stimmen abgegeben worden.

Gemäß § 15 des Ortsstatuts für das Gewerbegericht entfallen nach diesem Stimmenverhältnis auf die Vorschlagsliste der freien Gewerkschaft alle 10 Beisitzer. Es sind somit gewählt:

1. Expedient Fritz Zappe,
2. Porzellandreher Paul Kleinert,
3. Maschinist Hermann Hainisch,
4. Schlosser Karl Stanke,
5. Tischler Gustav Quarg,
6. Brauer Franz Fröschel,
7. Vagerhalter Karl Kaczek,
8. Schneider Emil Jirasschek,
9. Buchdrucker Fritz Köchel,
10. Porzellanmaler Julius Wagner.

Gemäß § 16 des Ortsstatuts betr. das Gewerbegericht zu Waldenburg vom 17. Februar 1910 geben wir das Ergebnis der Wahl bekannt mit dem Hinweis, daß Beschwerden gegen die Rechtsgültigkeit der Wahl binnen einer Ausschlussfrist von einem Monat nach der Wahl bei uns oder bei dem Bezirksausschuß in Breslau anzubringen sind.

Waldenburg, den 8. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Am 21. Dezember d. Js. soll, wie in Vorjahren, eine Weihnachts-Einbischung für unsere bedürftigen Ortsbewohner veranstaltet werden. Die Not ist in diesem Jahre besonders groß und wir richten deshalb an unsere Bürgerschaft die herzliche Bitte, uns für die Weihnachts-Einbischung freundliche Spenden an Kleidungsstücken, Nahrungsmitteln und Geld recht reichlich überweisen zu wollen.

Für Entgegennahme der Spenden, für die wir im voraus schon bestens danken, sind unsere Vorstandsdamen gern bereit.

Nieder Hermsdorf, den 6. Dezember 1920.

Der Vorstand des Ortsfrauenvereins:

Johanna Sprotte, Vorsitzende. Kliner, Schriftführer.

Reinige Dein Blut

und brauche gar. reinen Wachholderbeersaft mit Zucker in Flaschen à 8.00 und 15.00 Mk. Dr. Ruthe's Blutreinigungstee in Paketen à 2.50 und 4.00 Mk. nur allein und rein in der Schloß-Drogerie Ober Waldenburg.

Das beste Nähmaschinen-Oel auch für Fahrräder, Zenitfugen usw., nur ganz weiß, von 1 Mark an empfiehlt R. Matusche, Waldenburg, Töpferstraße 7.

und gab mit leiser Stimme auf die an sie gestellten Fragen Antwort. Nur als seitens des Richters die letzte Frage an sie gerichtet wurde: „Bekennen Sie sich des Ihnen zur Last gelegten Vergehens für schuldig?“ antwortete sie laut und fest: „Nein!“

Die Zeugenvernehmungen begannen. Als erster Zeuge wurde der Chef der Firma, Herr Markwell, vorgerufen, der nach seiner Vereidigung bekundete, daß innerhalb des letzten Jahres für einige tausend Mark seiner Spitzen aus dem Geschäfte abhanden gekommen seien, ohne daß es, trotz Anzeige bei der Polizei, gelungen wäre, den Dieb zu ermitteln. Alle Anzeichen hätten dafür gesprochen, daß sich der Täter unter dem eigenen Personal befinde; Verdacht gegen eine bestimmte Persönlichkeit hätten sie, die Chefs, jedoch nicht fassen können, am wenigsten gegen die Angeklagte, die seit acht Jahren in dem Geschäfte tätig gewesen und sich stets tadellos geführt habe. Da habe an dem Tage der Entdeckung des Diebstahls er, der Zeuge, des Morgens auf seinem Bulte ein mit gedruckten, aus einer Zeitung geschnittenen Buchstaben hergestelltes Schriftstück gefunden, in welchem der unbekannte Absender den Inhabern der Firma mitteilte, daß Fräulein Marie Lindner die gesuchte Spitzenhebin sei; wenn die Herren dafür den Beweis haben wollten, möchten sie Fräulein Lindner vor ihrem Weggehen aus dem Geschäfte körperlich mißhandeln lassen. Es habe ihm, Herrn Markwell, widerstrebt, dem Räte Folge zu leisten und er habe mit Rücksicht auf das Vorleben der Angeklagten die anonyme Denunziation für böswärtige Verleumdung gehalten; da sei die Polizeiaffistentin Fräulein Hofer gekommen und habe ihm mitgeteilt, daß ihr gleichfalls ein Schreiben zugegangen sei, in dem die Angeklagte des Diebstahls bezichtigt werde. Von Amts wegen müsse sie die Sache verfolgen. Daraufhin habe er, der Zeuge, die Angeklagte nach Schluß des Geschäftes zu sich beschieden, und in der Tat sei in dem Jackett der Dame ein Spitzenstück im Werte von 250 Mark vorgefunden worden.

Die anwesende Polizeiaffistentin, Fräulein Hofer, bestätigte diese Aussage und fügte hinzu, daß die von ihr an dem gleichen Abend in der Wohnung der Angeklagten vorgenommene Hausdurchsuchung nach früher entwendeten Waren resultatlos verlaufen sei.

Die Aussagen der sonst noch geladenen Zeugen, Angestellten der Firma Markwell u. Sirt, waren sämtlich belangloser Natur, so daß nach einer halben Stunde die Zeugenvernehmungen beendet waren und der Amtsanwalt jetzt das Wort erhielt.

In logisch einwandfreier Rede suchte dieser dem Gerichte klar zu machen, daß an der Schuld der Angeklagten gar nicht gezweifelt werden

könnte. Deren Behauptung, daß das gestohlene Spitzenstück ihr von einer anderen Persönlichkeit zugesteckt worden sei, könne kein Glauben beigemessen werden, da die Beklagte nach eigener Angabe das betreffende Kleidungsstück wenige Minuten vor Entdeckung der Tat ihrem verschlossenen Schrank entnommen habe. Fräulein Welfer sei, wie sich aus den Zeugenaussagen ergeben, bei dem ganzen Personal der Firma Markwell u. Sirt sehr beliebt gewesen; es fehle daher jeder Anhaltspunkt dafür, daß ihr aus Rache oder aus Boswilligkeit von einem der Angestellten des Hauses ein so schlimmer Streich gespielt worden sei. Daß die Hausdurchsuchung in der Wohnung der Beklagten ergebnislos verlaufen sei, könne nicht als Entlastungsbeweis gelten, denn die früher gestohlenen Waren können längst veräußert sein. Er beantrage daher gegen die Angeklagte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Der Verteidiger, der hierauf das Wort nahm, wies mit warmen Worten auf das tadellose Vorleben der Beklagten hin und verfocht den Standpunkt, daß entgegen der Annahme der Anklagebehörde die Behauptung seiner Klientin, es sei ihr ein böser Streich gespielt worden, nicht ohne weiteres als unglaublich angesehen werden könne. Der Schrank, in dem Fräulein Welfer ihr Jackett aufbewahrt, hätte stundenlang in dem betreffenden Nebenraum ohne Aufsicht gestanden, und es wäre sehr leicht möglich, daß derselbe mit einem Nachschlüssel geöffnet worden sei. Welche Motive den Täter dabei geleitet hätten, das sei allerdings nicht festzustellen; wahrscheinlich habe derselbe den Verdacht wegen der früher begangenen Diebstähle von sich ablenken wollen. In diesem Sinne fuhr der Redner fort und verstand es geschickt, die Schuld der Angeklagten in Zweifel zu ziehen. Zum Schluß beantragte er, seine Klientin wegen Mangel an Beweisen freizusprechen.

Wie ein Bild von Stein, mit unbeweglichem, totenbleichem Gesicht, hatte der Amtsrichter Max Hansen die Sitzung geleitet. Jetzt erhob er sich, richtete an die Angeklagte noch die übliche Schlussfrage und verkündigte, daß das Gericht sich zur Beratung zurückziehe. —

Zwei Stunden früher hatte in dem Extrakontor der Firma Markwell u. Sirt eine merkwürdige Unterredung stattgefunden. Herr Sirt, der Teilhaber der Firma, war gerade mit Durchsicht der eingelaufenen Korrespondenzen beschäftigt, als ihm der Kontordienner meldete, daß der zweite Buchhalter, Herr Wingerow, ihn dringend in einer wichtigen Angelegenheit zu sprechen begehre.

„Na, der hat's ja eilig, unter den Pantoffel zu kommen!“ murmelte Herr Sirt vor sich hin und befahl dem Diener, Herrn Wingerow einzutreten zu lassen. (Fortf. folgt.)

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung.“

Nr. 289.

Waldenburg, den 10. Dezember 1920.

Bd. XXXVII.

Die Sonne bringt es an den Tag.

Erzählung von Fritz Rißel.

Nachdruck verboten.

(4. Fortsetzung.)

Der Verteidiger hatte sowohl das auffallende Benehmen des Vorsitzenden, wie auch das tödliche Erjauchern seiner Klientin beobachtet und machte daraus seine Schlüsse ziehen. Mit der Frage, ob ihr nicht wohl sei, trat er zu Marie, und als er gewahrte, wie das arme Mädchen zitterte und sich offenbar nur mit der größten Mühe aufrecht hielt, wandte er sich nach dem Richtertisch und sagte: „Ich beantrage, die Verhandlung wegen plötzlich eingetretenen Unwohlseins meiner Klientin für die Dauer von zehn Minuten zu verschieben!“

Mit heiserer Stimme erwiderte ihm der Vorsitzende: „Das Gericht gibt dem Antrage der Verteidigung statt!“ und verließ mit hastigen Schritten durch die hinter dem Richtertische befindliche Tür den Saal.

In dem anstoßenden Beratungszimmer sank der junge Herr Amtsrichter Max Hansen wie im Innersten gebrochen auf einen Stuhl und verhüllte sein Gesicht. Aus diesem Grunde hatte ihm Marie sein Wort zurückgegeben. Sie war des Diebstahls angeklagt, hieß Welfer, nicht Lindner, unter welchem Namen er sie nur gekannt hatte! War es möglich, daß dieses reine Geschöpf die Hand nach unrechtem Gute ausgestreckt hatte? War denn alles in der Welt Lug und Trug? Der ihm so edel erschienene Charakter Marie Lindners, ihre warme Natürlichkeit, ihr offenes Wesen — Eigenschaften, die sein ganzes Empfinden so in Mann geschlagen hatten, daß er sich sein ferneres Leben ohne das Mädchen gar nicht denken konnte — das alles sollte Gaukelspiel, komödienhafte Masche gewesen sein?

Als Amtsrichter an das Gericht in Karlshausen berufen, war Max Hansen erst vor wenigen Tagen aus einem kleinen Amtstädtchen zurückgekehrt, wo er einige Monate lang aus- hilfsweise als Assessor fungiert hatte. Aber trotz der dringenden Bitte Mariens, jede Wiederannäherung zu unterlassen, war er schon am ersten Abend vor dem Geschäfte der Herren Markwell u. Sirt auf- und abgegangen, um die Geliebte wiederzufinden und sich mit ihr auszusprechen. Er mußte wissen, was Marie veranlaßte, sich von ihm zu trennen, und wollte es aus ihrem eigenen Munde erfahren. Doch so aufmerksam er auch

spähte, konnte er das geliebte Mädchen weder an dem ersten noch an dem zweiten Abend seiner Rückkunft unter den das Haus verlassenden Angestellten der Firma entdecken, so daß die Besorgnis in ihm aufstieg, Marie sei krank. Heute hatte er sich hierüber Gewißheit verschaffen wollen und den Entschluß gefaßt, Marie in ihrer Wohnung aufzusuchen und sich gleichzeitig ihrer Mutter zu erklären. Und jetzt!

Die Akten in der Sache gegen Marie Welfer hatte er heute morgen vor Beginn der Gerichtssitzung flüchtig durchgesehen, ohne daß es ihm in den Sinn gekommen wäre, daß die Angeklagte Marie Welfer seine Marie, daß der Name Lindner nur ein angenommener sei. Der Name Welfer hatte ihn eigentümlich berührt. Es war ihm, als wenn er denselben schon irgendwo einmal in längst vergangener Zeit gehört hätte und als ob sich für ihn etwas Verehrungswürdiges mit dem Namen verknüpfte. Aber vergeblich hatte er sich besonnen; Freunde oder Bekannte dieses Namens besaß er nicht und hatte sie seines Erinnerns noch nicht belesen.

Auf dem Turme des Gerichtsgebäudes schlug die Uhr; die zehn Minuten waren vergangen, die Sitzung mußte ihren Fortgang nehmen. Sich aufrichtend, rang der Mann mit aller Willensstärke nach Fassung; wenn ihm auch das Herz zerriß, er mußte die mit seinem Amte verbundenen Pflichten erfüllen. Sollte er sich für befangen erklären, in die Welt hinauszuweichen, daß er nicht richten könne, weil die Angeklagte seine Geliebte sei? Das hätte ihn für immer unmöglich gemacht, seinen Namen dem allgemeinen Hohn und Spott, dem böswärtigsten Gerede preisgegeben. Nein, er mußte sich zwingen, kostete es auch übermenschliche Kraft — er mußte getreu seinem Eide nach bestem Können gerechtes Urteil fällen und vielleicht — der Gedanke durchfuhr ihn wie warmes Goffen — gelang es seinem Scharfsinn, aus den Zeugenaussagen Momente herauszufinden, die für die Unschuld der Angeklagten sprachen.

Erhobenen Hauptes ging der Amtsrichter Max Hansen in den Sitzungssaal zurück und nahm seinen Platz am Richtertische wieder ein. Das Gemurmel im Saale verstummte und neugierige Blicke richteten sich von allen Seiten auf das totenbleiche Gesicht des jungen Richters, der mit fester, wenn auch tonloser Stimme der Angeklagten jetzt die üblichen Fragen vorlegte.

Marie hatte sich unter dem tröstenden Zuspruch ihres Verteidigers einigermaßen gefaßt

Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 14. September 1920 bezüglich der Anordnung über die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften machen wir darauf aufmerksam, daß nunmehr die gemäß § 4 der genannten Anordnung vorgeschriebenen Formulare zur An- und Abmeldung und auch das Verzeichnis, in das die Angestellten einzutragen sind, in der Druckerlei von Gläser hier, Freiburgerstraße 5, zu haben sind. Gleichzeitig erinnern wir daran, daß nach § 4 der genannten Verordnung der Wirtschaftsinhaber der Ortspolizeibehörde jeden Ein- und Austritt weiblicher Angestellter binnen 24 Stunden anzuzeigen hat. Außerdem hat er ein fortlaufendes Verzeichnis der bei ihm beschäftigten weiblichen Angestellten zu führen, in seinem Betriebe aufzubewahren und vor Ingebrauchnahme der Ortspolizeibehörde zur Absteampung vorzulegen.

Die Anmeldung der gegenwärtig beschäftigten weiblichen Angestellten hat sofort, spätestens bis zum 15. d. Mts. im Polizeibüro, Zimmer 29, Fleißiger Hof, unter Verwendung des vorgeschriebenen Formulars zu erfolgen.

Bei der ersten Anmeldung ist der Dienstvertrag und auch das zu führende Verzeichnis zur Absteampung mit vorzulegen.

Waldenburg, den 8. Dezember 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Verkauf von ausländischen Äpfeln.

Sonnabend den 11. d. Mts., vorm. von 8 bis 12 und nachm. von 1/2 bis 4 1/2 Uhr.

Verkauf von ausländischen Äpfeln
im Bartsch-Keller auf der Schenkerstraße.

Waldenburg i. Schl., den 10. Dezember 1920.

Stadt. Lebensmittelamt.

Bett-
federn.

Kinder-
wagen.

Weihnachts-Einkauf

etwas zu erleichtern, gebe ich bis auf weiteres

10 %

auf

Damen-, Herren- u. Kinder- Konfektion,

auf sämtliche anderen Waren

5 %

Kaufhaus Max Holzer.

Beachten Sie, bitte, meine
Schaufenster.

Puppen-
wagen.

Bett-
federn.

Nur drei Tage!

Zur Gemälde-Ausstellung,

Sonntag nur vormittags von 11-1 Uhr,

Montag von 11-1 und von 3-4 Uhr,

Dienstag von 11-1 und von 3-4 Uhr,

ladet höflichst ein

Fürstensteiner Str. 16.

E. Kranz-Gerhard.

Eintritt 50 Pf.

Philemon Giesche.

Für den Winterbedarf und Weihnachtstisch:

Handschuhe, Krawatten, Herrenwäsche,

Oberhemden, Hosenträger, Lederwaren,

Stöcke, Trikotagen, Mützen, Shawls,

Gamaschen, Damen- u. Kinderstrümpfe,

Socken, Reformbeinkleider, Hemdhosen,

Toilette-Artikel!

Toilette-Artikel!

Waldenburg, Rathausplatz Nr. 6, neben der Reichsbank.



kaufen Sie am besten beim

Fachmann!!!!

Fachmännische Bedienung finden Sie bei

Alfred Ramin, Kürschner,

Freiburger Strasse Nr. 29.

Gegründet 1896.

Fernruf 671.

Neuanfertigungen, Umarbeitungen, Reparaturen.

Bäcker-, Bieffertüchler- u. Konditoren-Zinnung

Waldenburg.

Anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes bringen wir die von der Zinnung festgesetzten Backpreise für Hausbäckerei in Erinnerung. Es sind zu fordern für 1 Kuchen 1 Mk., 1 Wohnsemmel 1 Mk., 1 Blech Striezel 1,50 Mk., 1 Napfkuchen mittlerer Größe 0,80 Mk., 1 Pfund Brot 0,20 Mk. Das Herstellen des Teiges muß besonders in Rechnung gestellt werden. Höhere oder niedrigere Preise dürfen nicht gefordert werden. Bleche, Bretter, Formen usw. dürfen keinesfalls aus dem Hause geliehen werden. Zuwiderhandlungen gegen diesen Beschluß werden mit einer hohen Konventionalstrafe belegt.

Der Vorstand.

Billige Bezugsquelle

für photograph. Apparate, Platten
und Bedarfsartikel.

Ernemann-Westentaschen-Apparat „Lilliput“
nur 6 Mark.

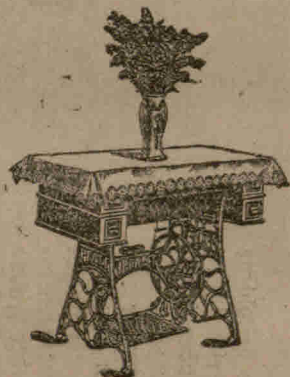
Fachmännische Anleitung kostenlos.

Freiburger Str. Nr. 3. Photohaus Ucko, Freiburg Str. Nr. 3.

Zwerg-Rehpinscher,

schönes Tier, zu verkaufen bei
Schneiderin Fräulein Frieso,
Albertstraße 3.

Eine Mandoline zu verkaufen
Kriegerstr. 5, p.



Stoff- Nähmaschinen

sind
die besten
der Welt

und hier nur

allein

zu haben bei

R. Matusche

größtes

Nähmaschinen-
Spezialhaus

Waldenburg,

Löpperstr. 7.

Teilzahlung
gern gestattet.

Alle Maschinen
werden umgetauscht.